

Ercheint täglich

früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition

Johannstraße 33.

Donnerstag der Redaction:

Vormittags 10-12 Uhr.

Nachmittags 4-6 Uhr.

Die die Miththeilung einzelner Manu-

scripte macht sich bei der Redaction nicht

verantwortlich.

Annahme der für die nächst-

folgende Nummer bestimmten

Preise an Wochenenden bis

3 Uhr Nachmittags, an Sonn-

und Festtagen früh bis 1/2 Uhr.

In den Filialen für Zul. Annehmer:

Erst Kirn, Universitätsstr. 22,

Sowald'sche, Rathhausstr. 18, p.

nur bis 1/3 Uhr.

# Leipziger Tageblatt

## und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abz. Auflage 16,200.

Abonnementpreis viertel. 4/2, 3/2,

incl. Pringerlohn 6 Wk.

durch die Post bezogen 6 Wk.

Jede einzelne Nummer 25 Wk.

Belagerungsplan 10 Wk.

Schulden für Extrablätter

ohne Postbefreiung 25 Wk.

mit Postbefreiung 45 Wk.

Inserate 5 gesp. Zeilen 20 Wk.

Größere Schriften laut unserem

Preisverzeichnis. — Tabellarischer

Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionschrift

die Spalte 40 Wk.

Inserate sind stets an d. Expedition

zu senden. — Rabatt wird nicht

gegeben. Zahlung voraussetzungs-

weise durch Postnachnahme.

No 275.

Donnerstag den 2. October 1879.

73. Jahrgang.

### Bekanntmachung.

Das Betreten der Brückenbauelle an der verlängerten Dismarckstraße ist verboten. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 30 A oder entsprechender Haftstrafe geahndet.

Der Rath der Stadt Leipzig. Richter.

Dr. Geor. Mefferschmidt.

### Bekanntmachung.

Eines Schuppenbaues wegen wird die Hofstraße auf der Straße von der Volkstraße bis zur Fichte-straße von Montag den 6. d. M. an auf die Dauer des Baues für den durchgehenden Fahrverkehr gesperrt.

Der Rath der Stadt Leipzig. Mefferschmidt.

Dr. Geor. Mefferschmidt.

### Bekanntmachung.

Die Pfaffenburger Straße wird von Freitag, den 3. dieses Monats ab auf der Strecke zwischen der Pfaffenburger Straße und der Hofstraße der dort auszuführenden Pflasterarbeiten wegen auf die Dauer dieser Arbeiten für den durchgehenden Fahrverkehr gesperrt.

Für die Fuhrten und den Viehtrieb nach und von dem Fichtebahnhof bleibt zunächst dessen äußere Einfahrt zugänglich, und der Weg dorthin ist vom Wohliger Wege ab zu nehmen. Sobald die Pflasterarbeiten so weit vorgeschritten sein werden, daß der nach der Stadt zu gelegene Eingang zum Viehbofe wieder zugänglich wird, ist dieser Eingang zu benutzen, und es wird dann die äußere Einfahrt gesperrt, also auch der Zugang vom Wohliger Wege aus eine Zeit lang unthunlich.

Der Rath der Stadt Leipzig. Garmig.

Dr. Geor. Mefferschmidt.

### Neues Recht im Reich.

Witten hinein in die aufregendsten Parteikämpfe, in die Wahlkämpfe, welche in dem leitenden deutschen Staate entbrannt ist, fällt der feierliche Beschluß eines großen, alle deutschen Stämme umfassenden Werkes. Zu rechter Zeit, sagen wir, denn es ist nicht, dem ganzen Volke zu zeigen, was es vermag, wenn es in Uebereinstimmung mit den Regierungsgewalten an durchgreifende Reformen anhaltbarer Zustände geht. Ein schwerer „Kampf um das Recht“ ist glorreich ausgekämpft mit Hilfe des freisinnigen Bürgerthums. Die neue deutsche Rechtsordnung, welche sich gegenwärtig als eine weitere starke Einheitskammer zu den übrigen Regierungen, ist das gemeinsame Werk der deutschen Justizministerien und der national-liberalen Partei. Soweit von anderen Parteien überhaupt gefördert, daran mitgearbeitet worden ist, waren es Einzelne, nicht der Geist der Partei, noch ihr volles Gewicht. An der Spitze der Reichsregierung aber, die hier wie in der Handelspolitik mehr nur hatte geschehen lassen, als daß sie selbst angeregt und getrieben hätte, entwickelte sich noch in der letzten Stunde ein fast verhängnisvoll ausgehender Widerstand. Die damals geltend gemachten Bedenken hat die verstrichene kurze Zeit freilich ebenso verweht wie das tendenziöse Pathos einiger auf Wahlfriede ausgehender Agitatoren zur Linken. Die Anerkennung des hohen Wertes der Justizreform ist heute schon, kann man sagen, allgemein; denn was sich in einigen Justizkreisen dagegen geregt hat und vielleicht noch gelegentlich regt, verschwindet mit dem Ueberwange. Es richtete sich nicht sowohl gegen den Inhalt der Verbesserung als gegen ihre Nothwendigkeit und Dringlichkeit. Richter und Anwälte schützten sich z. B. in Altpreußen ertöndlich wohl in ihrer Haut; woju neuern? fragten sie verdroffen. Aber auch sie konnten am Ende nicht bestreiten, daß die nationale Staatseinheit ein einheitliches Gerichtsverfahren, dieses eine einzige Gerichtsordnung mit unerschütterlicher logischer Gewalt nach sich ziehe; und so ging es ihnen ähnlich wie den Freunden der Silberwährung nach dem Siege über die Franzosen, die auch die Goldwährung über sich ergehen lassen mußten, weil sie die Umkehrung des künftigen deutschen Münzwesens nicht abzuwehren vermochten, ja nicht umhin konnten, selbst zu wünschen und zu betreiben. Die Schwierigkeiten der bloßen Einigung waren so groß, daß es unantwortlich gewesen wäre, sie nicht in dem besten System zu suchen, mochten davon auch umfangreiche Territorien, die mit ihrem abweichenden System an sich ganz wohl zufrieden waren, ein wenig unruhig betroffen werden. Die herkömmlich gewordene Sage von einer unüberwindlichen Präponderanz hannoverscher Juristen bei dieser Reform ist bei Nichte betrachtet doch nur eine fable convention, eine Redensart von kaum halber Wahrheit. Neben Riquel hat von Anfang an Kaiser die umfängliche Justizreform mit gleichem Nachdruck betrieben, und in den späteren Stadien ein zweites Mal, der jetzige Landgerichtspräsident Bönenstein in Düsseldorf, sie gleich energisch mit durch das preussische Abgeordnetenhaus geleitet; unter dem preussischen Justizminister, der ja allerdings aus der guten hannoverschen Schule stammt, sind sogar wie lauter allpreussische Geheimräthe bei den Entwürfen und deren Vereinarbeitung mit Reichstag und Landtag thätig gewesen, und neben ihm haben seine mittelständlichen Kollegen, als sie für die Sache nur erst recht warm geworden waren, sich wieder eingefügt. Kurz, Hannover mag eine gewisse Führerrolle gespielt haben — das geht in einem erst zusammenwachsenden Staatwesen ja

naturgemäß reichum — allein aber, oder auch nur überwiegend ist die Reform von dort nicht vorgekommen. Wir dürfen uns ihrer durchaus als eines gemeinschaftlichen Werkes freuen, entsprossen aus dem Bande der thätigsten und edelsten schöpferischen Kräfte des deutschen Volks; und wird es heute überall im Reiche nicht besonders eindrucksvoll gefeiert, so wissen wir doch, daß die Dankbarkeit vieler Geschlechter es verberlichen und den treuen hingebenden Arbeitern lohnen wird. Ja, das wolle Gott!

### Politische Uebersicht.

Leipzig, 1. October.

Der Name Fall wird in den politischen und religiösen Kreisen der Gegenwart noch lange Zeit hindurch nicht nur mit idealer Begeisterung genannt werden, sondern alle für die freisinnige Ausgestaltung kirchlicher, wie die Schule betreffender Dinge erwärmten Vaterlandsfreunde werden sich auch, wie es nunmehr den Anschein gewinnt, enger aneinander schließen, um der von der Reichsregierung geplanten rücksichtslosen Bewegung entgegenzutreten. Der nächste preussische Landtag wird die engere Arena sein, in welcher diese die ganze Nation berührenden Kämpfe sich abspielen werden. Im feindlichen Lager wächst inzwischen der, um die Gemüther zu verwirren, planmäßig organisierte Lärm. So erregt unter den officiellen, gouvernementalen und kirchlichen Kundgebungen, die gegen den Fall'schen Brief gerichtet worden sind, ein Artikel in den „Grenzboten“ Aufmerksamkeit, dessen Verfasser heute dieselben Informationen genießen dürfte, wie seiner Zeit der Autor des Buchs: „Dismarck und seine Leute“. Der anonyme Verfasser wirft dem früheren Minister hauptsächlich vor, daß er gegenüber der von der Regierung ausgehenden Wahlparole (Fortsetzung der Wirtschaftspolitik des Reichstags) in der Eisenbahnfrage und der Steuerreform) die Opposition in dem offenkundigen Streben unterstützt habe, das Kampfgelände zu verlegen und als solches die vermeintliche Reaction, die dem Unterrichtsweisen drohe, zu bezeichnen. Fall signalisire eine Gefahr, die er zu beweisen nicht in der Lage sei. Sein Brief, als Wahlbrief ausgelegt, vertrage sich nicht mit dem gouvernementalen Erfolgswill. Bezeichnend für die Verhandlungen mit Rom erscheint übrigens folgender Passus: Fall sei aus der Regierung geschieden, nicht, weil dieselbe seinen Maximen nicht mehr zugesimmt habe, sondern weil er glaubte, dieselben außerhalb des staatlichen Gebietes nicht mehr durchsetzen zu können. Der Artikel resumirt sein Urtheil über den Brief dahin, Fall sei zu bedauern, weil seine Schritte sich weder mit den Pflichten eines Staatsmanns im Dienst noch eines Staatsmanns außer Dienst vereinigen ließen. Wir halten diese Schlußfolgerung, die auch von anderer Seite aus Tapet gebracht worden ist, für vollständig verfehlt. Unsere Zeit verlangt den ganzen Mann, der für seine Ueberzeugung mit allen seinen Kräften, mit seiner ganzen Person einsteht. In wenigen Tagen werden übrigens beim Verlagsbuchhändler Kortsch die sämtlichen Reden Dr. Fall's erscheinen, die einen stattlichen Band ausmachen. Da der Kampf um das „System Fall“ jetzt beginnt, so ist es wichtig, bei jeder einzelnen Culturschlange Schlußfrage zu wissen, wie sich zu ihr der mächtigste Bundesgenosse des Reichstags, der Fürst Bismarck, gestellt hat. Dr. Fall nimmt Rücksicht von Dem zurück, was er für Recht erkannt hat, er steht für jedes Wort, das er in siebenjähriger ministerieller Thätigkeit gesprochen, noch heute ein. Alles ist streng ein-

heitlich, wie aus einem Gasse, entweder total zu verwerfen, oder voll und ganz gut zu heißen. Die Reden Fall's enthalten das Programm der Liberalen in allen Cultursangelegenheiten, und alle Reden sind gehalten unter dem „Blick“ des Centrums und unter der „Umrang“ der altconservativen Partei. In den lebhaftesten Besfall stimmten durchgehend mit den Liberalen die freiconservativen ein, die ihn heute fallen lassen. Diese Ablehr seiner früheren Freunde erhöht die Bedeutung der Reden, denen die weiteste Verbreitung zu Theil werden muß. Sie zeigen einen Mann voll von Gottesfurcht, von Liebe und Hingebung für die evangelische Kirche, einen begeisterten Vertheidiger ausgeklärten Volkswahlwesens, zugleich den Patrioten vom Scheitel bis zur Sohle, den logischen Denker, den scharfen Juristen. Die Reden Fall's im Wortlaut und im Zusammenhang widerlegen das Gerücht von der Verderblichkeit des liberalen Bedenkens in Schule und Kirche, und namentlich lassen sie erkennen, daß die Gegner Fall's ein völliges Herrbild aus ihm gemacht haben, einen ganz anderen Mann, als er in Wirklichkeit ist. Angesichts der kriegsgerichtlichen Verhandlungen in der Angelegenheit des „Großen Kurfürsten“ wird die Ueberzeugung von dem Bedürfnis einer durchgreifenden Reform der Militärstrafproceßordnung in weitestem Kreise zum Bewußtsein gelangt sein. Mit dem Inkrafttreten der deutschen Civilproceßordnung ist nun auch der letzte Vorwand weggefallen, diese Reform noch länger aufzuschieben zu lassen. Das Princip der Öffentlichkeit und Mündlichkeit wird doch endlich auch auf diesem Gebiete zur Anerkennung kommen müssen. Bis jetzt freilich scheint dazu wenig Neigung vorhanden zu sein. Wiederholt ist schon in Preußen darauf hingewiesen worden, daß die Stellung des Generalauditors nach dem Tode Fleck's noch nicht wieder besetzt ist. Das eigentliche Hinderniß scheint darin zu liegen, daß gegen die Ernennung des ältesten Mitglieds des Generalauditorats, Herrn Justizrath Köler, das Bedenken vorliegt, daß er vor einigen Jahren einen Entwurf einer neuen Strafproceßordnung ausgearbeitet hat, welcher von allzu freisinnigen Auffassungen zeugnis ablegt.

Der Bundesrath ist in voller Thätigkeit. In der am 29. September unter dem Vorhabe des Staatsministers Hofmann abgehaltenen Plenarversammlung wurde zunächst von der Ernennung des großherzoglich badischen Finanzrath Scherer zum stellvertretenden Bevollmächtigten für das Großherzogthum Baden Mitteilung gemacht. Sodann wurden Vorlagen, betreffend a) die Lagergeld-, Fuhrgeld- und Impostkosten der Reichsbeamten und b) die Destillation der Eisenbahn-Behälter im Reich mit Belgien, den ausländischen Ausschüssen überwiesen. Ueber Antrag wegen Bestimmung erledigter Stellen bei der Pensionierung anrechnungsfähigen Dienstjahre mehrerer Beamten wurde Beschluß gefaßt. Demnach schritt die Versammlung zur Wahl von Mitgliedern der Verwaltung des Reichs-Invalidentfonds auf eine dreijährige Periode vom 1. October d. J. ab. Die Wahl fiel auf den künftigen badischen Oberregierungs- und Reichs-Rathfeld, den künftigen sächsischen Reichs-Rath v. Rodig-Baldwin und den großherzoglich badischen Finanzrath Scherer. Weiter wurden die bisherigen Mitglieder der Reichsschulden-Commission wieder gewählt. Den Schluß bildete die Vorlegung von Eingaben, welche den betreffenden Ausschüssen zugewiesen wurden.

Ein gar merkwürdiges „Entlein“ ist von der Donau nach der Theme gestaltet. Die Wiener Reise des deutschen Reichsfinanziers hat nämlich außer dem Wunder seines bezüglichen Empfanges in der alten Kaiserstadt noch das andere kaum minder große zu Stande gebracht, daß alle englischen Reichstagsmitglieder mit rührender Einstimmigkeit das Gedächtniß ablegen, schlechterdings gar nichts von den wichtigsten diplomatischen Besprechungen der letzten Tage erfahren zu haben. Um dieser lässlichen Unwissenheit eine angenehme Seite abzugewinnen, erwähnt „Daily News“ eines, wie es scheint, in Londoner Hörsälen angestanden Gerüchtes, wonach Fürst Bismarck dem Kaiser Franz Josef den Gedanken einer allgemeinen Abrüstung nicht nur aus Herz gelegt, sondern ihm sogar schon einen bestimmten Plan dazu ausgearbeitet habe. Wohl drängen sich dem liberalen Blatte ernste Zweifel an der Stichhaltigkeit dieser überraschenden Mitteilung an, und deshalb weißt es seine Leser mit gebührender Vorsicht in sie ein; aber das Gerücht an und für sich klingt doch, wie eine sonderbare Correspondenz der „R. B.“ sagt, so reichend, daß „Daily News“ sich nicht enthalten kann, darüber ein Gelegenheitsgerücht in Form eines Artikelchens zum Besten zu geben. Der Redactionsdichter des gegenwärtigen englischen Blattes wird wohl oft den Vergleich befeigen müssen, bevor Fürst Bismarck der Welt das Bergnügen bereiten dürfte, die Anzahl der Bayonette der großen Mächte des Continents auf englischen Fuß herabzumessen.

Das politische Leben in Oesterreich-Ungarn ist durch den Rücktritt Andrássy's in eine besonders lebhafteste Bewegung getreten. War doch dieses Ereigniß die Veranlassung zu der Wiener Entree. Der Nachfolger des edlen Grafen steht bei der europäischen Diplomatie in sehr hoher Achtung. Auf die Mitteilung Sir J. Elliot's in Wien, daß Haymerle zum Nachfolger anzuersuchen sei, antwortete Salisbury wortlich Folgendes:

Bezüglich Ihrer Depesche Nr. 547 vom 30. v. M. habe ich, Em. Excellenz anzuweisen, der österreichisch-ungarischen Regierung die große Befriedigung auszudrücken, mit welcher Ihrer Majestät Regierung die Nachricht von der Ernennung des Grafen Haymerle zum Nachfolger des Grafen Andrássy aufgenommen hat. Die Kenntniß, welche Sie aus dem Berliner Congreß sowohl von der Thätigkeit als von den politischen Ansichten des Grafen Haymerle zu gewinnen Gelegenheit hatte, veranlaßt Sie, in dieser Ernennung einen Beweis zu sehen, daß auf Seiten Sr. kaiserlichen Majestät der Wunsch besteht, die guten Beziehungen, welche gegenwärtig zwischen den beiden Regierungen obwalten, aufrecht zu erhalten. Ich bin mit großer Aufrichtigkeit und Achtung Em. Excellenz gehorsamster und ergebenster Diener Salisbury.

Die Doppelmonarchie steht nunmehr vor dem Beginn der parlamentarischen Campaigne. Ueber die Beschäfte der in Wien abgehaltenen Minister-Conferenzen bringen die dortigen Blätter jetzt eingehendere Mittheilungen. Von den schwebenden Fragen sind danach drei ihrer Erledigung zugeführt worden. Die erste derselben ist die Angelegenheit der Verwaltung der bosnischen Provinzen. Der bekannte, aus vier Paragraphen bestehende Gesetzentwurf, welcher die Bewilligung der Verwaltungszuschüsse den Delegationen, jene der Investitions-Kosten den Legislativen zuweist, ist endgültig approbirt worden und soll den beiden Parlamenten unmittelbar nach dem Zusammenritte vorgelegt werden. Ein zweiter Gegenstand, über welchen die Regierungen zu einer Einigung gelangten, ist die Einbeziehung der occupirten Provinzen in das gemeinsame Zollgebiet der Monarchie. Es standen bezüglich der Durchführung-Modalitäten der Einbeziehung zwei Ansichten einander schroff gegenüber: die eine wollte die Zollverwaltung in einem Theile des occupirten Gebietes durch österreichische, in dem anderen durch ungarische Zollorgane besorgt wissen; die andere bestimmte die Verwaltung des Zollwesens in den occupirten Ländern durch Organe der gemeinsamen Regierung. Die letztere Ansicht erhielt auch die Zustimmung des gemeinsamen Ministerrathes; allein der österreichische und der ungarische Finanzminister wählten sich eine weitreichende Divergenz auf die Ernennung und die Controle dieser gemeinsamen Zollorgane zu sichern. Die dritte Angelegenheit, welche im Ministerrathe zum Austrage gebracht wurde, ist die Wehrfrage. Von allen Seiten wird übereinstimmend gemeldet, daß der Ministerrath sich dahin geeinigt habe, von den Parlamenten die Bewilligung des Maximal-Kriegshaushalts von 800,000 Mann auf weitere zehn Jahre zu fordern. Dagegen sind in der gemeinsamen Minister-Conferenz über das Oesterreichbudget und über den Zeitpunkt, in welchem die Delegationen zusammentreten sollen, keine Feststellungen getroffen worden; ein officiöses Preßblatt stellt es jedoch als wahrscheinlich hin, daß die Delegationen zusammentreten werden, ehe der ungarische Reichstag dasselbe in Verhandlung zieht. Das würde mit der Angabe, daß die Delegationen im December zusammentreten sollen, übereinstimmen.

Die Dinge in Ost-Rumelien treiben einer schmerzlichen Krise zu, welche die auf dem Berliner Congresse getroffenen Arrangements wieder einmal in Frage stellen könnten. Fall scheint es, als hätte die Diplomatie in diesem Theile der Türkei zur Hülfe geschossen, um den orientalischen Angelegenheiten gelegentlich eine andere, vielleicht alle Welt überraschende Wendung geben zu können. Der türkische Ministerpräsident Karisi Pascha hat jetzt an Nlefo Pascha, den Generalgouverneur, ein Schreiben gerichtet, worin er an dem gegenwärtigen Regime in Ost-Rumelien eine herbe Kritik übt.

Das ostrumelische Gouvernament, heißt es darin unter Anderem, scheint sich zur Norm gemacht zu haben, die Bestimmungen des von Sr. Majestät dem Sultan sanctionirten organischen Statuts in allen jenen Fällen außer Acht zu lassen, in welchen das exclusives Interesse der bulgarischen Nationalität durch die Annahme des Grundgesetzes eine Gefährdung erfahren könnte. Wir Stämmen haben wie bemerkt, wie wenig den Intentionen unseres Gouvernans, dem alle Nationalitäten der Provinz gleich am Herzen liegen, Rechnung getragen wird. Die Muhammedaner und Griechen sind durch falschen Oifer und Unerschlichkeit in eine unhaltbare Lage gebracht worden. Em. Excellenz werden wohl den Schwere beklagen, von dem unser inaberner Gouvernament bei der Extraktion dieser Lage der Dinge in der autonomen Provinz seines Reiches ergriffen ist. Es